Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis monatlich 0.20 Rentenmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Verlag in **Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV.,** (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 0.40 Rentenmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 15 — Sonnabend, den 12. April 1924 — **28. Jahrgang**

Gewerkschaften und Reichstagswahl.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten aller Volksorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht abseits stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unsres Volkes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die alte politische Rechtlosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten. Die Erhaltung und Verteidigung der Republik muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung bildet für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegsgefahren, sowie für eine baldige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch werktätige Arbeit. Nicht Waffen, — — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten, — das sind deutsche Organisation und Technik und deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die das kostbare Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schrankenloser Ausbeutung verwüstet, anstatt sie durch Schutz leistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften

die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages

gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten

einen auskömmlichen Lebenslohn

zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzudrücken, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und verwüstet den heimischen Markt zum Nachteil unsrer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unsrer Industrie muß durch

einen nachdrücklichen Preisabbau

und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch

Unterbringung der Erwerbslosen

in der Urproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine

geregelte Arbeitslosenversicherung

zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich

die Grundlagen unsrer Volksernährung

erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften

gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschönigt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn

endlich den Besitzenden dieselben Steuerlasten

auferlegt würden, wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den

Ausbau des Arbeitsrechtes

als starken Hort der Arbeit, vor allem für die

Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb

und für ungeschmälertes

Koalitionsrecht der Arbeitnehmer

zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die

beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues

zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Erhöhung des Lohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Erträgnissen der allmählichen Mietsaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wahlforderungen der Gewerkschaften

einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Machtpolitiker zuschanden gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltage eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft

für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland

bietet, für eine Zukunft, in der

auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh

werden und für seine Pflichterfüllung auf

Anerkennung seiner Arbeiterrechte

rechnen kann.

Deutsche Arbeiter! Verbreitet diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben und führt sie zum Sieg!

Aus der Unfallversicherung.

Schon seit langer Zeit streben die Berufsgenossenschaften danach, die sogenannten kleinen Renten in der Unfallversicherung, das heißt die Renten unter 30 Prozent, zu beseitigen. Als nun durch die fortschreitende Inflation im vergangenen Jahre der Bestand der deutschen Sozialversicherung gefährdet war, glaubte das Reichsarbeitsministerium dem Verlangen der Berufsgenossenschaften und dem dahinterstehenden Arbeitgebertum stattgeben zu sollen. In der Denkschrift über Neuregelung der Renten und Zulagen in der Unfallversicherung vom 3. Juli 1923, abgedruckt im Reichsarbeitsblatt Nr. 15 vom 1. August 1923, war nämlich vorgesehen, daß alle Renten bis einschließlich 15 Prozent in Wegfall kommen sollen und weiterhin die Renten bis zu 25 Prozent zwangsweise abgefunden werden dürften. Die Renten sollten wieder aufleben, wenn späterhin eine Verschlimmerung der Unfallfolgen, und zwar mindestens um 15 Prozent eintrete. Das Recht auf Krankenbehandlung dürfe durch die Abfindung nicht berührt werden.

Da die Inflation gegen Ende des Jahres 1923 ein rasendes Tempo eingeschlagen hatte, war zunächst von der Durchführung dieser Rentenkürzungen abgesehen und nur eine neue Regelung der Rentenzulagen vorgenommen worden.

Erst unter dem Ermächtigungsgesetz erschien das Reichsarbeitsministerium wieder mit einem Entwurf über Wegfall der kleinen Renten. Dem sogenannten 15er-(Ueberwachungs-)Ausschuß war der Entwurf mit der Begründung vorgelegt worden, daß die Berufsgenossenschaften vor dem Ruin ständen, wenn dem Entwurf nicht stattgegeben werde. Nach näherer Prüfung stellte sich aber heraus, daß sich die Berufsgenossenschaften nach ihrer Umstellung auf Goldmark wieder finanziell so gefestigt hatten, daß dem Entwurf nicht stattgegeben zu werden brauchte. Der Reichsarbeitsminister hat darauf den Entwurf zurückgezogen.

Dieser Vorgang zeigt, wie notwendig es ist, daß die Arbeitnehmer-Abgeordneten auf alle derartigen Abänderungsanträge genauestens achten. Das Klagelied, daß die deutsche Wirtschaft solche Lasten nicht mehr tragen könne, ist zur Genüge bekannt. Demgegenüber ist es notwendig, einmal darauf hinzuweisen, welche Wirkungen der Entwurf bei Annahme gezeitigt hätte.

Für glatte Verluste von Gliedmaßen werden nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts gewährt u. a.

	rechts	links	
Verlust von 1½ bis 1⅔ Gliedern des Daumens	10—15	10	Proz.
„ der beiden Glieder	15—20	10—15	„
„ des ganzen Daumens mit Mittelhandknochen	20—25	15—20	„
„ des Zeigefingers	0—10	0	„
„ „ Mittel- und Ringfingers	25	15	„
„ „ Mittel- und Kleinfingers . . .	20	15	„
„ „ Ring- und Kleinfingers	20	15	„
„ „ Vorderfußes (nach Lisfranc) . .	20	Proz.	
„ „ „ (nach Chopart) . .	25	„	
„ eines Auges	25	„	

Nach dem Entwurf sollten alle Renten unter 20 v. H. ohne weiteres wegfallen. Für den Verlust eines Daumens oder von zwei Fingern wäre eine Rente nicht mehr gezahlt worden. Was das aber heißt, ist allen Arbeitern bekannt. Besonders kraß hätte sich die Bestimmung auf die Arbeiter ausgewirkt, die besonders Fingerbeschädigungen ausgesetzt sind. (Holzarbeiter, Weber usw.)

Aber auch die Abfindungssumme hätte in gleichem Maße gewirkt. Das Gesetz hätte aber auch noch dazu beigetragen, die Prozentsätze noch mehr als bisher an den Nullgrad (der dann ja auf der bisherigen Höhe von 20 Prozent liegen würde) heranzubringen. Ist doch mehr oder weniger bekannt, wie mit der Angewöhnung und weitestgehenden Anpassung von seiten der Berufsgenossenschaften operiert wird. Die Abfindungssummen, die in normalen Verhältnissen dazu dienen sollten, den Verletzten eine Umlernung oder die Aufnahme einer andern Tätigkeit zu ermöglichen, wären heute nutzlos verpufft. So können wir nur begrüßen, daß dem Antrage der Berufsgenossenschaften nicht stattgegeben worden ist.

Die Berufsgenossenschaften haben aber den Kampf wegen der kleinen Renten noch nicht aufgegeben; sie werden ihn zu gegebener Zeit wieder aufnehmen, das zeigt uns das Vorgehen einiger dieser Verwaltungen, die über die kleinen Renten einstweilen keinen berufungsfähigen Bescheid erteilen wollen. Wir raten daher allen Versicherten, auf die Erteilung des Bescheides zu drängen!

Wen geltend gemacht wird, daß die zur Zeit gültigen Rentenbeträge die Arbeit und den Papierwert nicht decken, so ist es die höchste Zeit, daß endlich eine Aufwertung der Renten der Unfallversicherung in Goldmark erfolgt.

Die Renten bis 20 Prozent betragen durchweg 10 Milliarden Mark vierteljährlich, d. h. einen Rentenpfennig. In Friedenszeiten betrugen dieselben im Durchschnitt monatlich 4.50 bis 20 Mk. und darüber. Es ist gänzlich unverständlich, daß die Regierung und der Reichstag für eine Aufwertung dieser Renten bisher nichts getan haben und unbegreiflich, daß die Rentenempfänger sich diesen Zustand bisher gefallen ließen. Wenn die Regierung in einer Vorlage behauptet hat, daß die Renten bis 20 Prozent heute keine Bedeutung mehr haben, so trifft das insofern zu, als der eine Pfennig niemanden helfen kann. Die Bedeutungslosigkeit der Renten liegt aber nicht darin, daß die Rentenempfänger sie heute entbehren können, sondern, daß eine Aufwertung nicht erfolgt ist. In der heutigen trostlosen Zeit, wo für Unfallverletzte weniger Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, als vor dem Kriege, ist eine Rente in angemessener Höhe den Verletzten notwendiger als früher.

Es ist mehr als bedauerlich, daß das Reichsarbeitsministerium in dieser Frage gänzlich versagt hat. Mit der Abschaffung der kleinen Renten wollte man schnell bei der Hand sein, aber in der Aufwertung soll nichts geschehen. Ob das kein Abbau der Sozialversicherung ist?

Wir fordern daher nochmals schleunigste Umstellung der Renten in Goldmark. Von Schnapsrenten kann dann auch keine Rede mehr sein.

Wie steht es um den R. A. V. für die Pflasterstein- und Schotterindustrie.

Wie in voriger Nummer des „Steinarbeiters" bereits kurz mitgeteilt, haben die Arbeitgeber uns einen neuen Vertragsentwurf unterbreitet, der wohl den auf der Unternehmerzusammenkunft am 6. 3. 24 in Eisenach geäußerten Wünschen entspricht, nicht aber dem gewiß nicht außer acht zu lassenden Interesse der Arbeitnehmer. Bei der Eisenacher Beratung dieses Punktes wurde von Arbeitgebern der Wunsch ausgedrückt, daß die Arbeitnehmer den berechtigten Wünschen der Industrie Rechnung tragen, damit das Vertragsverhältnis wieder erneuert werden könne. Etwas Unmögliches solle keineswegs von ihnen verlangt werden. Vor allen Dingen müsse das nach dem Kriegszusammenbruch eingetretene bessere Verhältnis zwischen Werksleitung und Betriebsbelegschaft erhalten bleiben, da sich auf dieser Grundlage der gegenseitigen Verständigung ein besseres Betriebsergebnis erzielen lassen wird als bei einem Kampfstandpunkt beider Teile, der vor dem Kriege allgemein üblich war. Ob letzteres zutrifft, wollen wir dahingestellt sein lassen, doch war zu jener Zeit die Tarifgegnerschaft in der Pflasterstein- und Schotterindustrie auf Arbeitgeberseite ziemlich verallgemeinert. Wenn darin ein Wandel eingetreten ist, so kann uns das nur willkommen sein. Wachen müssen wir jedoch darüber, daß das Tarifvertragsverhältnis nicht zu einer Karikatur wird, mit dessen Hilfe die Unternehmer das gleiche erreichen wie in früheren tariflosen Zeiten, nämlich: die uneingeschränkte Herrschaft im Betriebe und nur von ihrem nackten Profitinteresse diktierte Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu der die Arbeiter dann nur noch durch ihre tarifliche Unterschrift den Segen zu geben hätten. Ein solches Vertragsverhältnis würde die frühere Hörigkeit der Arbeiter noch steigern und unsre Zustimmung unter keinen Umständen finden!

Wie weit der neue Vertragsentwurf der Unternehmer von unsrer Zustimmungsmöglichkeit noch entfernt ist, mögen unsre Kollegen aus dem Vergleich des bisherigen Zustands mit dem von den Unternehmern gewünschten Zustand ermessen,

1. Die Muß-Vorschrift zum Abschluß von Bezirkstarifen soll in eine Soll-Vorschrift umgewandelt werden.
2. Der Ablauftermin des Vertrags soll vom 31. März auf den 31. Dezember verlegt werden.
3. Die regelmäßige Arbeitszeit von 8 Stunden soll, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebs oder die Witterungsverhältnisse es erfordern, nach Anhörung der Arbeitervertretung (nicht etwa im Einvernehmen mit dieser) bis zu 10 Stunden am Tage ohne Zuschläge ausgedehnt werden können, und zwar so, daß im Jahresdurchschnitt nicht mehr als 2400 Arbeitsstunden geleistet werden. (?)
4. An Stelle der bei Arbeitsmangel vereinbarten Kurzarbeit sollen die gesetzlichen Bestimmungen treten.
5. Die kostenlose Werkzeugstellung findet in dem neuen Entwurf keine Erwähnung. Als kostenlos wird nur die Lieferung des Sprengstoffmaterials angeführt.
6. Ferien sollen nur Arbeiter über 20 Jahre haben. (Von Jugendschutz keine Spur.)
   Feriendauer: nach 3jähriger Beschäftigung 2 Tage (vorher nach 1—3 Jahren 3 Tage); nach 6jähriger Beschäftigung 4 Tage (vorher nach 3 Jahren 6 Tage).
   Voraussetzung für die Feriengewährung: 2300 Arbeitsstunden, im Jahre (vorher 2100), davon 1150 in der Zeit vom 1. April bis 30. September.
   Anrechnung von unverschuldeten Ausfällen (Krankheit, Ausfälle auf Anordnung der Betriebsleitung) bis zu 150 Stunden.
   Urlaubsberechnung: Stichtag 1. Januar. Bei Eintritt in den Betrieb vor dem 1. April Anrechnung des vollen Arbeitsjahres, bei späterem Eintritt vermutlich Nichtanrechnung der ganzen übrigen Arbeitszeit des Jahres, unter Umständen also eine dreivierteljährige Tätigkeit.
   Ferienvergütung: pro Tag 8 Stundenlöhne (auch eine Anerkennung des Achtstundentags).
7. Festlegung des Verhältnisses zwischen Normallohn und Akkordrichtlohn. Letzterer soll 10 bis 15 Prozent niedriger sein als ersterer.
8. Die Akkordsätze sollen nur noch möglichst so festgesetzt werden, daß ein normaler Arbeiter bei regelrechter Arbeit mindestens 30 Prozent über den Akkordrichtlohn verdienen kann.
   Die Garantierung des Akkordrichtlohns infolge unrichtiger Festsetzung eines Akkordsatzes, bei ungünstigem Steinstand und bei sonstigen, nicht in der Person des Arbeiters liegenden Umständen soll wegfallen.
9. Die Ueberstundendauer soll bis 10 Uhr abends ausgedehnt werden. (Vorher trat der Nachtarbeitszuschlag schon um 8 Uhr in Kraft.)
10. Die Lohnfortzahlung bei kurzen Arbeitsunterbrechungen soll nur noch bis zu 1 Stunde pro Woche gewährt werden (vorher bis zu 4 Stunden pro Löhnungsperiode), ausschließlich Gänge zum Arzt.
11. Die bisher der doppelten Bezahlung unterliegenden Hebeschüsse (bei Vorharbeiten) werden neben andern schwierigen Arbeiten nur noch mit besonderen Zuschlägen ohne Angabe der Höhe bedacht.

Wie vorauszusehen war, bringt die Vorlage der Unternehmer nur Verschlechterungen mit sich. Dieses tritt ganz besonders in der beabsichtigten Verlängerung der Arbeitszeit und der Verkürzung der Ferien hervor. Anstatt aus der Verlängerung der Arbeitszeit auf eine Verlängerung der Ferien zu schließen, sucht man diesen auch noch die Hälfte abzuzwacken. Unter solchen Umständen wird es der Verhandlungskommission äußerst schwer fallen, mit den Unternehmern unter einen Hut zu kommen. Daß die Unternehmer, die unter ihrer hervorragenden Mitwirkung im Juli 1921 geschaffenen Vertragsbestimmungen fast völlig preisgeben, läßt erkennen, daß sie die gegenwärtige Not der Arbeiter für geeignet halten, um sich möglichst große Vorteile zu verschaffen. Doch die Herren täuschen sich, wenn sie annehmen, daß die Arbeiter alles ihnen Zugemutete über sich ergehen lassen. Druck erzeugt Gegendruck, und dieser wird mit elementarer Gewalt zum Ausbruch kommen, sobald sich das Blatt zugunsten der Arbeiter wendet. Deshalb mahnen wir die Arbeitgeber, den Bogen nicht zu straff zu spannen, der Pfeil prallt immer wieder auf sie zurück!

Die Arbeitszeit in den Werkstein-, Marmor- und Grabmalbetrieben.

Unter der irreführenden Ueberschrift: „Arbeitszeitverlängerung für Werkstein-, Marmor- und Grabmalbetriebe“ bringt der Geschäftsführer der einschlägigen Unternehmer-Verbände im Fachblatt „Die Steinindustrie“ seinen Mitgliedern Verlauf und Ende der Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit zur Kenntnis. Absichtlich wird hierdurch der Anschein erweckt, als ob eine generelle Verlängerung der Arbeitszeit für die genannten Betriebe das Ergebnis der stattgefundenen Verhandlungen sei, und wenn auch das nicht, als ob der von den Arbeitnehmern abgelehnte Schiedsspruch neues Recht geschaffen habe. Das trifft natürlich nicht zu! Zwar sind die alten Bestimmungen über die Arbeitszeit aufgehoben, doch ist Ersatz für sie noch nicht geschaffen. Es besteht bezüglich der Arbeitszeit ein tarifloser Zustand, den die Parteien (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) naturgemäß je nach ihrer Stärke ausnutzen können und werden.

Wie unsern Ortsverwaltungen bereits durch Rundschreiben Nr. 4 bekanntgemacht wurde, fällte der unparteiische Vorsitzende der vereinbarten Schlichtungsstelle mit den Arbeitgeberbeisitzern gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbeisitzer folgenden Schiedsspruch:

§ 2 des Reichsarbeitsvertrags erhält folgenden Wortlaut:

„Die Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Sie kann nach Anhörung der Betriebsvertretung auf 9 Stunden und durch Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung bis auf 10 Stunden verlängert werden. Für die 10. Stunde ist ein Zuschlag von 15 Prozent des Stundenlohns zu zahlen. Für die 11. Stunde verbleibt es bei der bisherigen Regelung. Für die am Bau beschäftigten Leute gilt die Arbeitszeit der Maurer. Für die Arbeiter, welche in Tag und Nacht ununterbrochen arbeitenden Betriebsabteilungen beschäftigt sind, wird die Arbeitszeit durch besondere Vereinbarung zwischen Betriebsleitung und Betriebsvertretung festgesetzt.“

§ 3 Abs. 3 des Reichsarbeitsvertrags erhält folgende Fassung:

„Als Nachtarbeit gilt die Zeit von der 12. Stunde ab bis 6 Uhr früh.“

Nach der Veröffentlichung in der „Steinindustrie“ stimmten die Arbeitgeber „wenn auch nur schweren Herzens“ dem Schiedsspruch zu, da andernfalls ein Schiedsspruch nicht zustande gekommen wäre. Dem Antrag der Arbeitgebervertreter, den Ueberstundenzuschlag für die 10. Stunde wenigstens auf 10 Prozent herabzusetzen, stimmte Herr Landgerichtsdirektor Tolk (der unparteiische Vorsitzende) nicht zu, so daß es nicht möglich war, in dieser Beziehung ein weiteres Entgegenkommen seitens des unparteiischen Vorsitzenden zu erhalten“.

Es ist rührend, mit welcher Selbstüberwindung die Arbeitgebervertreter dem Schiedsspruch zustimmten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß ein weiteres Entgegenkommen des unparteiischen Vorsitzenden nicht zu erhalten war. „Ein weiteres Entgegenkommen“, in diesen Worten liegt die Erklärung für das Zustandekommen des vorliegenden Schiedsspruches. Entgegenkommen zeigten auch die Arbeitervertreter, doch was bedeutet dieses gegenüber dem Entgegenkommen des unparteiischen Vorsitzenden. Die Arbeitervertreter verlangten ja schon bei jeder Ueberschreitung der regelmäßigen Arbeitszeit das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, was der unparteiische Vorsitzende erst von der 10. Stunde an zugestand. Die Arbeitervertreter machten für die Sandsteinarbeiter die außerordentliche Gesundheitsschädlichkeit ihres Berufs geltend und verlangten für diese Gruppe die Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit als Höchstgrenze, während der unparteiische Vorsitzende den durch die erweiterte Bundesratsverordnung von 1909 gewährleisteten Schutz als ausreichend erachtete. Gegen diese Auffassung wandten die Arbeitervertreter ein, daß die Unterernährung der Kriegs- und Nachkriegszeit die Widerstandsfähigkeit gegen die Berufskrankheit außerordentlich geschwächt habe und infolgedessen ein weitergehenderer Schutz nötig sei, als ihn die vorkriegszeitliche Bundesratsverordnung gewähre. Diese Gründe blieben jedoch unbeachtet; der einfach unmögliche, für Fachleute geradezu unverständliche Schiedsspruch wurde gefällt. Ob die Arbeitgeber einen solchen Schiedsspruch wirklich erwartet haben? Wir glauben es nicht, mit Ausnahme des nicht fachmännischen Geschäftsführers des Verbands der Werkstein-, Marmor- und Grabmalbetriebe, dem wir gern glauben, daß ihm das Entgegenkommen des unparteiischen Vorsitzenden, der für die Tätigkeit einiger Stunden 100 Mk. liquidierte, nicht weitgehend genug war. Doch nie werden Unternehmer einem Schiedsspruch freudiger zugestimmt haben als in diesem Falle. Damit ist er aber noch nicht durchgeführt, und ohne die Zustimmung der Arbeiter ist er überhaupt nicht durchführbar trotz aller Ueberlegung der Arbeitgeber. Das scheint auch der Geschäftsführer des Unternehmer-Verbands einzusehen, wenn er es auch beileibe nicht zugibt. Er schreibt:

„Da, wie gesagt, die Gewerkschaften den Schiedsspruch abgelehnt haben, wird die Arbeitgeberseite nunmehr zu überlegen haben, in welcher Weise der Schiedsspruch durchgeführt werden soll, ob eine Verbindlichkeitserklärung seitens des Reichsarbeitsministeriums oder andrer behördlichen Stellen in Frage kommt, oder ob die Durchführung des Schiedsspruches auf Grund des § 6 der Arbeitszeitverordnung zu erfolgen hat. Jedenfalls wird es erforderlich sein, daß allenthalben in den Werkstein-, Marmor- und Grabmalbetrieben keine Abkommen mit den Gewerkschaften mehr getätigt werden, die eine ungünstigere Regelung der Arbeitszeitfrage vorsehen, als dies im Schiedsspruch der vereinbarten Schlichtungsstelle vom 10. März der Fall ist.“

Die Werkstein-, Marmor- und Grabmalarbeiter werden hieraus den Schluß ziehen, ohne offizielles Abkommen eine günstigere Regelung der Arbeitszeit vorzunehmen, soweit sie überhaupt gewillt sind, vorübergehend die regelmäßige achtstündige Arbeitszeit zu überschreiten. Von den Sandsteinarbeitern erwarten wir im Interesse ihrer Gesundheit, daß sie sich jeder Verlängerung der Arbeitszeit (mit Ausnahme unvermeidlicher Ueberstunden) widersetzen, und von den übrigen Kollegen erwarten wir, daß sie im Bedarfsfalle nur bei Arbeitermangel in eine vorübergehende mäßige Verlängerung der Arbeitszeit einwilligen!

Gelingt es den Unternehmern hier und dort, eine Verlängerung der Arbeitszeit gegen den Willen der Arbeiter zu erzwingen, so sollen sie sich jedoch nicht einbilden, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit auch eine Steigerung der Leistung im Gefolge haben muß. Selbstverständlich läßt die Intensität der Arbeit bei Ueberschreitung der normalen Arbeitszeit nach, und statt der erwarteten Verbilligung der Betriebsunkosten kann sehr leicht eine Verteuerung derselben eintreten und der erhoffte Mehrprofit ausbleiben. Das Fazit wäre dann: Verlängerte Arbeitszeit — keine Profitsteigerung — unnötige Unzufriedenheit auf beiden Seiten — Zuspitzung der Gegensätze — Zunahme und Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe, deren Ausgang die Arbeiterschaft wahrlich nicht zu fürchten braucht. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird auch die Macht der Arbeiter wieder steigen. Wenn die Unternehmer den Kampf in Permanenz wollen, so sollen sie ihn haben, wir brauchen ihn nicht zu fürchten.

Weil dem neuen Geschäftsführer des Verbands der Werkstein-, Marmor- und Grabmalbetriebe unsre Notiz „Der neue Herr im Hause“ in Nr. 11/12 mißfallen hat, sucht er sich auf seine „juristische“ Art zu revanchieren. Wes Geistes Kind er ist, geht aus folgender Auslassung hervor:

„Seinen Mißmut über den Schiedsspruch der vereinbarten Schlichtungsstelle hat der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands in einer in seinem Verbandsorgan veröffentlichten Notiz ausgelassen, die eine alberne und geschmacklose Verunglimpfung des Geschäftsführers des Reichsverbands der Deutschen Steinindustrie darstellt. Nach altdeutschem Recht war es bekanntlich einem Delinquenten gestattet, 24 Stunden lang auf das über ihn ergangene Urteil und den Richter zu schimpfen, aber die Art, wie der Verurteilte bei seinem Schimpfen sich ausließ, war für den Richter ein nachträgliches Vergewissern darüber, wes Geistes Kind der Delinquent war. Die Auslassungen jener Notiz auch nur eines Wortes der Widerlegung zu würdigen, hieße dem Verfasser zu viel Ehre antun.“

Wir meinen, daß es hier nicht um die Ehre oder den recht verschiedenen Ehrbegriff einzelner Personen geht, sondern um das Wohl und Wehe der Steinarbeiter. Wie „wurschtig“ dieses dem Unternehmer-Vertreter ist, und wie niedrig er die Arbeiter und ihre Vertreter einschätzt, geht schon aus dem angezogenen Gleichnis hervor. Die auf ihre Menschenrechte bestehenden Arbeiter sind die Delinquenten (Verbrecher, Angeklagte), über welche die Unternehmer und ihre Sachwalter zu Gericht zu sitzen, zu urteilen und zu bestimmen haben. Die Arbeiter sind in den Augen dieser Herrenmenschen die Objekte, die Unternehmer die Subjekte. Doch dem altdeutschen Recht und der gegenwärtigen Rechtlosigkeit wird „ein gleiches Recht für alle“ folgen, sobald die Arbeiterschaft gelernt hat, ihre Macht zu gebrauchen. Daß sie diese hat, dürfte auch juristischen Scharfblicken nicht entgangen sein.

Aus den Zahlstellen.

Aus dem Steinsetzerberuf. „Ohn' Fleiß kein Preis und jedem sein Recht.“ — Mit diesem Wortlaut schließt ein Arbeitsvertrag, den die Steinsetzer-Zwangsinnung für den Regierungsbezirk Merseburg glaubte bei ihren Arbeitnehmern durchsetzen zu können. Durch die Zusammenlegung der beiden Organisationen: „Zentralverband der Steinarbeiter und Verband der Steinsetzer“, wollte genannte Innung den Schluß ziehen, den ihr wahrscheinlich lästigen Tarifvertrag abzuschütteln. Alle Belehrungsversuche des zuständigen Gauleiters scheiterten an der Eigensinnigkeit der Innungsleitung, die am letzten Ende zu dem Radikalmittel griff, einfach den ungekündigten Tarifvertrag durch einen andern zu ersetzen. Der Wortlaut dieses Arbeitsvertrags soll auszugsweise der Nachwelt erhalten bleiben. Der Vertrag enthielt unter anderm folgende Perlen:

„Der zwischen der Steinsetzer-Zwangsinnung für den Regierungsbezirk Merseburg zu Halle und dem Verband der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands am 22. Februar 1922 abgeschlossene Tarifvertrag ist erloschen, derselbe ist nicht die Grundlage unsres Arbeitsverhältnisses. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 Stunden. . . . In die neunstündige Arbeitszeit sind die kurzen Erholungspausen (sogenannte Fünfzehnpausen) eingeschlossen, deren Zeitlegung und Dauer der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer unterliegen . . . . . Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit müssen geleistet werden, wenn es notwendig ist. Ueber die Notwendigkeit entscheidet der jeweilige Auftraggeber, die zuständige Bauverwaltung und die zuständige Verkehrspolizei. Für Ueberstunden Nacht- und Sonntagsarbeit werden angemessene Zuschläge gezahlt, deren Höhe von Fall zu Fall zwischen Bauherrn, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart werden. . . . . Bei Ueberlandarbeit erhalten die im Ortsbezirk des Arbeitgebers wohnenden Steinsetzer Zulagen (Rammer und Hilfsarbeiter sollten hiervon völlig ausgeschlossen werden), deren Höhe von Fall zu Fall zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbart wird. Nach den gleichen Grundsätzen wie vor, werden Fahrgelder bei Ueberlandarbeit gezahlt . . . . . Sonstige aus dem Arbeitsverhältnisse sich ergebende Regelungen und Abmachungen sollen stets in freundschaftlichem Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erledigt werden. Beide Teile sollen mit Ernst und gutem Willen darauf bedacht nehmen, daß jeder Teil im Rahmen des Möglichen zu seinem Rechte kommt . . . . . Ohn' Fleiß kein Preis und jedem sein Recht.“

Dieses Musterexemplar von Arbeitsvertrag ist von seiten der Innung an ihre Mitglieder gedruckt versandt und sollten die Arbeitskollegen des Steinsetzergewerbes mit einem solchen Unikum beglückt werden. Allerdings konnte ein solcher Vertrag kein Verständnis auf seiten der betreffenden Arbeitskollegen finden und ist infolgedessen restlos abgelehnt worden. Um die Rechtsseite der Streitfrage zu klären, hat sich der zuständige Gauleiter an den Schlichtungsausschuß gewandt, der nach längerer Beratung zu folgender Erklärung gelangte:

Der Schlichtungsausschuß in Halle ist der Ansicht, daß der Tarifvertrag, welcher zwischen der Steinsetzer-Zwangsinnung und dem Verband der Steinsetzer abgeschlossen ist, da er von keiner Seite rechtzeitig gekündigt worden ist, weiter zu Recht besteht. Der Umstand, daß der Verband der Steinsetzer sich dem größeren Verbande der Steinarbeiter angeschlossen hat, genügt nicht, um die Auflösung des Tarifvertrags zu begründen.

Obwohl nach unserm Erachten der Schlichtungsausschuß sich recht reserviert ausgedrückt hat, so glauben wir trotzdem, daß sich die Innungsgrößen mit dieser Belehrung abfinden werden. Daß bei der Beratung dieses Streitgegenstands die Brutalität einiger Unternehmer stark zum Ausbruch kam, soll nur so nebenbei angedeutet werden. Die Wut der Unternehmer richtete sich insbesondere gegen die Betriebsräte, die einesteils „Waschlappen“, und anderenteils „Querköpfe“ sein sollten. Wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer nicht mehr dieselbe ist wie früher, so soll, wenn wir die Worte richtig aufgefaßt haben, die unmoralische Lebensweise der Arbeitnehmer Schuld daran haben, usw. Der Kampf der Unternehmer gegen den ungekündigten Tarifvertrag müßte aber unsern Kollegen als ein Werturteil gelten und mancher Einstellung der Arbeiter, daß die Gewerkschaften rein gar nichts geleistet haben, gerade das Gegenteil beweisen. Unsern Berufskollegen muß aber auch der Vorstoß der Unternehmer als ein Warnungsruf gelten, fester denn je zur Organisation zu stehen und diese für kommende Kämpfe auszubauen.

Berlin. Folgendes Lohnabkommen vom Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin) wurden vereinbart:

1. Bau- und Werksteinbranche ab 26. 3. Steinmetzen	75 Pfg.
Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf	60 „
„ über 6 „ „ „	63 „
2. Grabmalbranche ab 29. 3. Steinmetzen	72 „
Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf	50 „
„ über 6 „ „ „	58 „
3. Marmorbranche ab 29. 3. Steinmetzen	75 „
Schleifer, Fräser, Dreher usw.	69 „
Anfänger bis 6 Monate im Beruf	46 „
„ „ 9 „ „ „	52 „
„ „ 12 „ „ „	60 „
„ über 12 „ „ „	69 „
Frauen bis 6 Monate im Beruf	29 „
„ „ 9 „ „ „	35 „
„ über 9 „ „ „	40 „
Hilfsarbeiter bis 6 Monate im Beruf	58 „
„ über 6 „ „ „	63 „

In der Marmorbranche konnte gleichzeitig die Regelung der Arbeitszeit mit vorgenommen werden durch folgende Verbarung:

Die normale Arbeitszeit beträgt pro Tag 8 Stunden, also pro Woche 48 Stunden. Im Einverständnis mit der Betriebsvertretung kann vorübergehend, d. h. nur in Ausnahmefällen, die Arbeitszeit auf 9 Stunden verlängert werden, vorausgesetzt, daß geeignete arbeitslose Marmorarbeiter und -arbeiterinnen nicht vorhanden sind. Diese neunte Stunde wird mit 20 Prozent Ueberstundenzuschlag bezahlt.

Die Verteilung der 48 Stunden auf die 6 Arbeitstage bleibt den einzelnen Betrieben überlassen.

Die im alten Tarif vom 4. Oktober 1921 festgesetzte halbstündige Vergütung am Schlusse der Arbeitswoche fällt weg.

Die Vergütung der zwei Stunden vor den hohen Festen (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) bleibt wie bisher bestehen.

Die über die normale Arbeitszeit hinaus geleistete Ueberarbeitszeit soll nicht mehr durch Fortfall regulärer Arbeitsstunden ausgeglichen werden.

Halle. Eine gutbesuchte Versammlung mit der Tagesordnung Verbandstag und Stellungnahme zum Industrieverband im Baugewerbe fand am 14. März statt. Kollege Siebold, der zufällig auf einer Durchreise hier anwesend war, benutzte die Gelegenheit, in einem einstündigen Referat über Politik und Gewerkschaftsfragen den Kollegen den vom ADGB. und unseren vom Zentralvorstand vertretenen Standpunkt in Wirtschaft und Politik vorzutragen. Auch des Referenten Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz wurde von ihm begründet. Die Aussprache, an der sich eine ganze Anzahl Kollegen beteiligten, war lebhaft, aber sachlich. Aber trotz aller Meinungsverschiedenheiten klang aus den Worten der Kollegen sowie dem Schlußwort des Referenten heraus, alles Trennende im Interesse des allgemeinen Zieles beiseite zu stellen: Festes, geschlossenes Zusammenhalten, Stärkung der Organisation, Kampf dem Ausbeutertum. Der Antrag des Kollegen Montag, Einberufung eines Verbandstages, wurde einstimmig, der des Kollegen Untermayerhofer, Extrabeitrag zur Stärkung der Verbandskasse, bei mehreren Stimmenthaltungen angenommen. In Anbetracht der vorgerückten Zeit — die Versammlung hatte bereits fünf Stunden getagt — wurde der nächste Punkt, Stellungsnahme zum Industrieverband im Baugewerbe, bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Wurzen. Bezirkskonferenz am 2. März. Die Konferenz beschloß einstimmig, den Vorstand zu beauftragen, den Verbandstag so schnell wie möglich einzuberufen und bittet die Kollegen, durch gleichlautende Anträge dies zu erzwingen. Zur Finanzierung soll ein Extrabeitrag von mindestens 25 Pfg. erhoben werden. Noch zu keiner Zeit und keinem Verbandstag haben so schwer-

„Zünftiges vom Steinhauerplatz“.

(Schluß.)

Wer die unbarmherzige Spottlust der Steinhauer kennt, könnte zu dem Glauben kommen, sie hätten so viel Steinstaub geschluckt, daß ihnen das Herz versteinte. Dem ist aber nicht so, und wir möchten sogar behaupten, daß sie trotz den spitzen Späßen, die bei ihnen eben nun mal dazu gehören, ein sehr warmes Herz haben.

Wer unter unsern heutigen Staatsbürgern in Schreibstube oder Fabrik findet an seinem Geburtstag seinen Arbeitsplatz mit Blumen geschmückt? Der Steinhauer findet das! Er selbst denkt vielleicht kaum dran, daß er am heutigen Tag die Welt mit seiner Persönlichkeit bereicherte. Aber seine Fachbrüder wissen das und wie er da morgens herzutritt, findet er seinen Stein festlich mit Laubgewind bekränzt. In der Mitte steht ein Blumenstrauß in einer abgeschlagenen Bierflasche und daneben eine Flasche Wein, sowie Zigarren. Jeder von der Kompanie, zu der er gehört, beglückwünscht ihn und alle zusammen sitzen dann auf ihrem „Hüttenstuhl“ herum und trinken gemeinsam den Wein. — Auf den größeren Plätzen, besonders im Elsaß, arbeiten nämlich immer 5—6 Mann zusammen, die sich gegenseitig aufbänken. Es darf dann nur unter diesen Sechs, die eine „Kompanie“ bilden, „angesprochen“ werden.

Mit dieser Flasche Wein ist der Geburtstag aber keineswegs erledigt; das war nur die Einleitung. Eine Ehre ist der andern wert und das Geburtstagskind gibt nun das Geld zu einem kleinen Faß Bier her, das dann auf seinem Stein aufgebänkt und angezapft wird. Die andern Steinhauer schaffen derweil ruhig weiter und auch der Polier kümmert sich nicht um die Geburtstagsbrüder. Es sind das so zünftige Freiheiten, die sich die Steinhauer nicht nehmen lassen.

Wenn das Fäßchen leer ist, geht's ins Wirtshaus und es wird dann häufig vollends der ganze Tag durchgetrunken. Abends, wenn dann die übrige Mannschaft in die Wirtschaft kommt, heißt's dann: „Da sitzen die Dallasbrüder!“ „Die Glanzbrüder!“

In kleinerer Form, mit einer Flasche Wein, einem Blumenstrauß und der Gegengabe von einigen Runden Bier, wobei dann aber weitergeschafft wird, erscheint dieses Geburtstagsgedenken immer wieder und auch auf den kleinsten Plätzen. Es kommt wohl auch vor, daß einem Katholiken, der zum Beispiel am Fronleichnamstag schafft, von seinen evangelischen Hüttengenossen ein Kranz auf den Stein gelegt wird. Das ist eine kleine Uzerei und eine kleine Aufmerksamkeit. Einerseits will man ihm damit zu Gemüte führen, daß er ein schlechter Christ ist, anderseits erhöht man ihm ein wenig das Festliche des Tages. So wird bei den Steinhauern da und dort der graue Alltag verbrämt und verschönt. —

Wie bei allen Baugesellen, nehmen auch im Leben der Steinhauer die Trinksitten einen breiten Raum ein. Das berüchtigte „Saufen“ beginnt mit dem einstigen zünftigen „Einstand“, der bis heute herausgelockt wird, trotzdem ihn die gewerkschaftlichen Platzordnungen, die mit den „Unsitten des Zünftigen“ aufräumen wollen, verbieten. Da wird an dem jungen, neu eingestandenen Gesell so lange mit dem unheilschwanger vorgebrachten Wort herumgestichelt: „Der hat seinen Einstand noch nicht bezahlt!“, bis er in die Tasche greift und mindestens einige Flaschenbatterien aufstellt.

Dort, wo in Kompanien gearbeitet wird, muß das zünftige Faß Bier des Einstandes regelmäßig bezahlt werden.

Am berühmten blauen Montag kamen diese alten Trinksitten am deutlichsten zum Ausdruck. Bekanntlich setzten es die einstigen zünftigen Gesellenverbände bis in die neueste Zeit herein durch, daß der blaue Montag, das heißt das Feiern am Montag, in die Zunftrollen aufgenommen, also gesetzlich festgelegt wurde. Das wirkt bis heute nach, und vor dem Kriege wurde an diesem Tage auf vielen Plätzen, insbesondere der Schweiz, des Elsasses und auch Württembergs, nicht gearbeitet. Da wird „gesoffen!“

Morgens gegen 8 Uhr erscheint alles auf dem Platz. Aber statt nach dem Geschirr zu langen, reibt man sich die Hände und bänkt ein Faß Bier auf. Der Jüngste muß einschenken und die große „Sauferei“ beginnt.

Um das Geld zu dem Bier zusammenzubringen, wurden eine Menge Witze und Gesellschaftsspiele erfunden, die sogenannten Blaumacherspiele, die meist in ziemlich plumper Weise darauf hinauslaufen, einen „dran zu kriegen“. Da wird „gezirkelt“, „gesteinelt“, „geraten“ und es geht dabei sehr derb, oft roh zu. Man kann sich einen Begriff von diesen Spielen machen, wenn man hört, daß zum Beispiel beim „Eimern“ einer mit den Füßen über einem Eimer Wasser angebunden und herabgelassen wird. Wer das Geldstück, das auf dem Boden des Eimers liegt, nicht mit dem Mund herausholen kann, muß zahlen.

Oder es wird „stille Musik“ gemacht. Jeder spielt ein andres Tonwerkzeug: das Richtscheit wird zur Geige, der Knüppel zur großen Pauke usw. Als nun mal selbst der gelungenste Tonkünstler nicht mehr verfing, sprang einer auf seinen Stein hinauf und ließ den Teil seiner Bekleidung herab, der nicht zur Kopfbedeckung gehört. Bei diesem Instrument mußte nun alles lachen und die Kasse war gefüllt. Es ging eben schließlich am blauen Montag toll und voll zu!

Manchmal wird nicht mal zum Mittagessen gegangen und bis zum Abend durchgetrunken. In den bekannten Maulbronner Steinbrüchen kam es vor, daß man sich zum nahen Wald hinaufmachte. Das Bierfaß wurde in Abzughöhe an eine Eiche gebunden und die ganze Mannschaft lagerte drum herum. Einige der jüngsten Gesellen setzten sich vor tollem Uebermut und Freiheitslust sogar in die Aeste. Da wird dann gesungen und gejohlt, und ein solches vom Himmel gefallenes, bierseliges, von des Gedankens Blässe unangekränkeltes Fest geben diese Baugesellen auch gegen die schlagendsten Einwände höherer Einsicht nicht her. Sie lassen, wenn es sein muß, schließlich noch Wein in Gießkannen holen und wenn der ganze Zahltag drauf geht.

Dann und wann „erwischt ihn“ der Steinhauer auch noch am Dienstag und Mittwoch, oder macht mit andern Worten Grünen und Roten. Dann bekommt der „Kapuziner“, wie der schon am Samstag bezahlte, aber noch nicht fertige Stein heißt, einen Bart. Man sieht hier nebenbei, daß die Steinhauer ein eigenes Wörterbuch und eine bilderreiche Sprache haben.

Bei diesen himmelblauen Arbeitspausen kommen natürlich wieder mancherlei kleine Späße vor. Da wurde zum Beispiel mal einem Steinhauer, der drei Tage Blauen machte, der halbfertige Stein im Schutthaufen vergraben, ein neuer aufgebänkt und ihm

wiegende Fragen in bezug auf Aufbau und wirtschaftliche Hebung der Kollegen vorgelegen als jetzt, nachdem alles zertrümmert ist. Es muß den Kollegen so schnell wie möglich Gelegenheit gegeben werden, darüber selbst zu beraten. Weiter wurde dann die Firma Zachmann — Betrieb Haida — kritisiert. Die Firma, welche dort nur Kleinpflaster herstellen läßt, zahlt ihren Bossierern zur Zeit nicht ganz 3.50 Mk. für den Kubikmeter, das ist gänzlich ungenügend, und trotzdem die Kollegen im Akkord nur 14—18 Mk. verdienen, wird von seiten der Firma jede Aufbesserung des Grundlohnes abgelehnt. Weiter wurde beschlossen, mit der Beitragsdrückebergerei der gut verdienenden Akkordarbeiter ein Ende zu machen, jeder Kollege soll einen Stundenverdienst dem Verbande abführen. Festgestellt wurde auch, daß trotz eines halbjährigen Daniederliegens der Betriebe die Organisation fester und geschlossener denn je dasteht, Unorganisierte gibt es überhaupt nicht.

Barmen-Blombacherbach. Am 16. 3. 1924 waren die Mitglieder von Barmen und Blombacherbach zusammengekommen, um Stellung zu nehmen zum Zusammenschluß der beiden Zahlstellen. Nach kurzen Ausführungen des Kollegen Schwandke sprachen sich die Versammelten dahin aus, eine gemeinsame Zahlstelle zu schaffen. Schwierigkeiten verursachte der der Filiale zu gebende Name. Unsre Kollegen in den Steinbrüchen wollten ungern den Namen Blombacherbach, der im Verbande einen guten Klang hat, missen und machte Schwandke den Vorschlag, die Zahlstelle Barmen-Blombacherbach zu nennen. Kosten würden hierdurch nicht verursacht, da die Stempel wie bisher benutzt werden könnten. Die Vorstandswahl war schnell erledigt und wurden Wilhelm Kattwinkel-Barmen zum 1. Vorsitzenden gewählt, zum 2. Vorsitzenden Kollege Buche. Den Kassiererposten gab man wieder dem Kollegen Beck-Barmen, Lenneper Straße 14. Als Schriftführer fungiert Rossbach und als Stellvertreter Henn. Revisoren wurden Henn und Ruß. Im 2. Punkt erstattete Kollege Roßbach Bericht von der in Düsseldorf am 2. 3. stattgefundenen Konferenz. Dieser Bericht wurde durch Schwandke ergänzt, der hauptsächlich die Einführung der Pflichtarbeit erwähnte. Die Diskussion bewegte sich im Sinne der Berichterstattung. Im dritten Punkt hielt Kollege Braun einen belehrenden Vortrag über den Werdegang der Gewerkschaften unter spezieller Berücksichtigung unsres Verbandes. Im zweiten Teil seines Vortrages schilderte Kollege Braun die wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Diskussion mußte abgekürzt werden, da die Zeit vorgerückt war. Ueber die Zustellung des Steinarbeiters wurde beschlossen, daß der Vorstand die nötige Zahl Zeitungen bestellen solle und soll der Betrag durch Lokalzuschlag aufgebracht werden, über den in der nächsten Versammlung verhandelt werden soll. Mit Recht betonte ein Kollege, daß er ohne „Steinarbeiter" nicht sein wolle, da er sonst gar keine Belehrung finden könne, da die Mehrzahl der Kollegen sich heute keine Tagespresse oder wenigstens nicht die richtige halten könne. Kurz vor 8 Uhr wurde die Versammlung geschlossen und ist die berechtigte Hoffnung vorhanden, daß der Wunsch Schwandke sich erfüllen wird, der dahin ging, daß gerade durch das späte Zusammenfinden der Kollegen die nunmehr geschlossene Freundschaft desto fester sein wird, zumal in beiden Zahlstellen langjährige Gewerkschafter vorhanden sind. Aufgenommen wurde noch ein Steinmetz von Elberfeld. Der vorhandene Kampfesgeist wird uns zu neuen Siegen führen.

Löbau. — Oppach. Am 8. bezw. 11. März fand in obengenannten Orten je eine Versammlung statt, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlung in Frankfurt a. M. beschäftigte. Kollege Mehrfort erstattete Bericht und führte ungefähr folgendes aus: „Die erste Tat der Unternehmer war die Erklärung, daß eine Erhöhung der Hilfsarbeiterlöhne absolut nicht in Frage kommen könne; die Umrechnungsprozente wollten sie für M-Schleifer auf 37, H-Schleifer auf 40 und Steinmetzen auf 42 Prozent erhöhen. Dieses Angebot konnte selbstverständlich die Zustimmung der Kommission nicht finden. Nach eingehender Beratung wurde als letztes 55 Prozent für alle Gruppen gefordert. Dieses fand nun wieder die Billigung der Unternehmer nicht und sie zogen sich zur Beratung zurück. Währenddessen ließ der als unparteiischer Vorsitzender fungierende Schlichter durchblicken, daß er 45, 42 und 40 Prozent für annehmbar halte. Als nun die Unternehmer wiederholt auf den Abschluß des Kollegen Schmidt im November mit 25 Prozent Goldlohn hinwiesen und als endgültiges Angebot für Steinmetzen 50, für H-Schleifer 45 und für M-Schleifer 40 Proz. bewilligten, bewog dieses die Kommission, trotz der Unzulänglichkeit, dieses anzunehmen, da bei einem eventuellen Schiedsspruch die Prozente in Goldmark noch mehr herabgedrückt werden konnten. (Einstellung des Schlichters!) Weiter wurden die Mindestlöhne für Zeitlohnarbeiter auf 40, 35 und 30 Pfg. festgesetzt; für Akkordarbeiter soll der tarifliche Durchschnittsstundenlohn gelten, auch im Punkt Lohngarantie glaubten die Unternehmer hinzufügen zu müssen, daß dieselbe nur gewährt wird, wenn diese in vernünftiger loyaler Weise gehandhabt wird. Kollege Mehrfort betonte noch, daß die Kommission keineswegs freudig zugestimmt habe; sie glaubte aber im Interesse der Kollegen eine Ablehnung des gesamten Ergebnisses nicht verantworten zu können." Er forderte hierauf zur Aussprache auf. Als erstes wurde hier die Staffelung der Prozente aufs schärfste verurteilt, namentlich die Schleifer waren sehr erregt über diesen Abschluß und es wurde verschiedentlich erklärt, es sähe gerade aus, als ob man die 5 Prozent, welche den Steinmetzen mehr bewilligt wurden, den M-Schleifern erst abgezogen hätte. Ueber die Zustimmung der Kommission müsse man sich sehr wundern, denn sie hätte die Absicht der Arbeitgeber, Zersplitterung in unsre Reihen zu tragen, geradezu unterstützt., Vertrauen zum Verband und Einigkeit würden durch dieses Abkommen gewiß nicht gefördert, zumal da uns das unverständliche Abkommen des Gauleiters Schmidt wiederholt als Knüppel zwischen die Beine geworfen wurde und dessen Anspruchslosigkeit uns als Muster hingestellt wird. Dafür, daß dieser Mann noch als Angestellter fungiern kann, wenn er auch der Schleifereigruppe keinen Schaden mehr zufügen kann, fehlt der Versammlung jedes Verständnis. Eine Resolution, in welcher die restlose Beseitigung des Angestelltenverhältnisses mit der Zentrale gefordert wird, fand einstimmige Annahme. Weiter wurde glossiert, daß der Durchschnittslohn bestehen bleiben soll, bei diesen Prozenten sei dies eine sehr billige Zusage der Arbeitgeber, denn man habe zu tun, daß man den Mindestlohn erreiche. Auch die Neuumschreibung der Lohngarantie sei wie Kautschuk, denn offensichtliches Ver- oder Nichtverschulden sowie „vernünftige Weise" beurteile der Unternehmer. Kollege Mehrfort ging nun auf die Kritik ein, stellte verschiedenes richtig und erklärte nochmals, daß die Kommission keineswegs freudigen Herzens dem Ergebnis zugestimmt habe, denn einer Staffelung der Prozente wäre entschieden entgegengetreten worden, doch seien eben die Verhältnisse stärker gewesen und lediglich Verantwortungsgefühl hätte die Kommission zur Annahme bewogen. Eine Resolution, die in ihrem ersten Teil gegen das geringfügige Ergebnis protestiert und die Zentrale zur sofortigen Anbahnung neuer Verhandlungen auffordert, fand in beiden Versammlungen einstimmige Annahme, der zweite Teil, welcher in der Kommission keine geeigneten Mitglieder zur Führung von Lohnverhandlungen erblickt, wurde in Opach angenommen, in Löbau dagegen abgelehnt. Unter Gewerkschaftlichem wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir wieder mehr Aktivität zeigen müßten und trotz alledem den Verband als unsre beste Waffe betrachten und auch demzufolge ausbauen müßten. Nachdem noch Kollege Mehrfort in einer Ermahnung zur Verbandstreue aufgefordert hatte und das Wühlen und Treiben verschiedener Auchkollegen bezüglich Beitragzahlen und Verbandzersplittern gebührend kennzeichnete, war man am Schlusse der Versammlung angelangt.

Bensheim (Odenwaldbezirk). Am 16. März Bezirkskonferenz für Schleiferei- und Werksteingruppe. Zum 1. Punkt berichtete der Bezirksleiter über das Ergebnis der in Frankfurt a. M. stattgefundenen Verhandlung für die Schleifereigruppe. Hieraus war zu entnehmen, daß die Arbeitgeber der Schleifereigruppe immer dieselben bleiben in ihrer Auffassung gegen die Arbeiter. Als zeitgemäß konnten die Kollegen das Verhandlungsergebnis nicht betrachten, trotzdem jetzt schon sämtliche Instanzen durchlaufen sind. Es wurde deshalb der Bezirksleiter aufgefordert, das Tarifamt in dieser Sache nochmals anzurufen, und es erwarten die Kollegen, daß von der Zentrale hier energisch eingegriffen wird. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, für die Schleiferei- sowie die Granitwerksteingruppe eine Lohnerhöhung zu fordern. Da sich schon wieder ein wesentliches Anziehen der Preise bemerkbar macht. Im Punkt Verschiedenes wurde kritisiert, daß die Kollegen einzelner Betriebe im Bezirk (man sagt vorübergehend) 9 und 10 Stunden arbeiten. Die Unternehmer hatten bisher keine Aufträge, auf Vorrat wie früher, ließen sie nicht arbeiten. Wie hängt es nun zusammen? Die Kollegen des Odenwaldes sollten durch Kurzarbeit und gänzliche Arbeitslosigkeit mürbe gemacht werden, um so willige Kräfte zu haben. Zu diesem System paßt der folgende Vorgang: Als der Bezirksleiter glaubte, er könnte keine Verantwortung betreffs des Frankfurter Resultats übernehmen, sagte ihm einer der Unternehmer, er brauche keine Verantwortung mehr zu übernehmen. — Kollegen, merkt ihr, aus welchem Loche der Wind pfeift? Es wurde dann noch der Wunsch ausgesprochen, es möge sich einmal wieder ein Kollege von der Zentrale nach dem Odenwald verirren, um das Verbandsleben zu fördern.

Saarmund und Umgebung. Am 9. März war eine gemeinsame Versammlung der Filiale Saarmund-Capuht im Michendorfer Gewerkschaftshaus. Gauleiter Paul Schenke gab über die letzten Lohn- und Tarifverhandlungen das Nähere bekannt, auch über das weitere Fortbestehen des Steinarbeiterverbandes. Dem Bericht wurde einmütig zugestimmt. Die Bestellung der Fachzeitung durch die Post wurde einstimmig gutgeheißen; sie wird bei jeder Beitragszahlung verteilt. Nachdem noch einige örtliche Angelegenheiten besprochen und erledigt waren, konnte die gutverlaufene Versammlung mit einem dreimaligen Hoch geschlossen werden.

Im **Westerwald** und zwar in den Orten: Marienberg, Enspel, Schönbach und Geilnau b. Balduinstein fanden vom 24. bis 28. März Versammlungen der Pflaster- und Schotterarbeiter statt. Referent in allen Versammlungen war der Redakteur Kollege Siebold. Im allgemeinen waren die Kollegen zahlreich vertreten, obgleich die Regentage doch noch manchen abgehalten haben; es ist durchaus begreiflich, wenn tagsüber durch andauerndes Regenwetter die Kollegen im Bruch durchnäßt wurden, sie nach Schluß der Arbeitszeit nach Hause eilen und dann die oft stundenlangen Wege nicht noch einmal machen wollen zur Versammlung. Trotz dieser Witterung, die fast die ganzen Tage anhielt, war der Besuch und vor allem die Stimmung der Kollegen befriedigend. Ueberall einheitliche Auffassung: Festhalten an der Organisation, energisches Zurückweisen von Störenfrieden und bestimmte Ablehnung unbegründeter Kritik gegen Verband, Leitung, ADGB. und gegen politische Notwendigkeiten. Ferner Ausbau des Verbands und zu gegebener Zeit rücksichtsloser Kampf gegen die augenblickliche Kraftüberhebung der Unternehmer. Mit allerlei Finessen und dem bekannten Druck auf den Magen suchen einzelne Firmen die achtstündige Arbeitszeit abzuschaffen, diese Firmen kümmern sich nicht mehr um den bis 31. März bestehenden Reichsarbeitsvertrag; lange vor Ablauf kommen sie mit ihrem Verlangen. Sie täuschen sich alle, denn ihre Maßnahmen treiben die Kollegen zur Organisation und geben den bisherigen Verbandsmitgliedern reichlich Agitationsstoff. — Die Kollegen haben den „Steinarbeiter" vermißt und allgemein wird gewünscht, daß die jetzige Abonnementseinrichtung nur vorübergehend sein möge. Die finanzielle Stärkung des Verbands wurde als ganz selbstverständlich angesehen. So bleibt als Gesamteindruck: Ueberzeugte Gewerkschaftler; prächtige Kampfgenossen; vernunftgemäße Erfassung der wirtschaftlichen und politischen Vorgänge; keine Phrasen, keine Schlagworte; Hochhaltung der alten nüchternen Gewerkschaftsgrundsätze. Die Versammlungen waren gut vorbereitet und eine besonders eindrucksvolle in Geilnau schloß die Tour. Mögen die Worte des Referenten und die der Diskussionsredner auf guten Boden fallen, dann trägt es sicherlich dazu bei, daß der Westerwald mit seinen vielen, aber großangelegten Steinbruchsunternehmungen einer der festesten Stützpunkte des Steinarbeiterverbands wird.

Rammelsbach. Versammlung am 23. März. Tagesordnung: Ergebnis der Landstuhler Verhandlungen, worüber Kollege Dreher Bericht gab. Die bisherigen Lohnsätze haben eine kleine Erhöhung gebracht, um die Lebenshaltung zu sichern, reichen sie jedoch bei weitem nicht aus. In der Diskussion wurde das Verhalten der Vertreter beim Lohnabschluß stark gerügt. In Zukunft muß wieder wie früher eine gewisse Zeit zur Annahme oder Ablehnung bestimmt werden. Im weiteren Verlaufe der Debatte kamen die beiden Anträge zur Sprache, die im „Steinarbeiter" veröffentlicht waren. Der Antrag von Kollegen Untermaier wie der von Martay wurden abgelehnt! Unter Punkt Verschiedenes kam noch allerlei Unerquickliches der Betriebsverhältnisse zur Sprache, die leider solche Formen annahmen, daß der Vorsitzende vorzeitig die Versammlung schloß.

Steinach. Am 24. März fand in unsrer Zahlstelle auf Antrag der Ortsverwaltung ein Vortrag über die Bekämpfung der Lungentuberkulose statt, anschließend Bericht über die eingeleitete Lohnbewegung. Herr Dr. Loth, der bekannt ist durch seine lehrreichen Vorträge in der örtlichen Volkshochschule, erläuterte uns die Gefahren der Lungentuberkulose, deren Bekämpfung sowie die Ansteckungsverhütungsmaßregeln. Einleitend wies er darauf hin, daß es nicht nur Interesse bei den Aerzten, sondern auch bei dem Volke erwecken muß, um dem Verbreiten der Krankheit Einhalt zu tun. Gerade in unserm Thüringen, im schönsten Landort, haust sie durch die niedrige Entlohnung der Schaffenden am schrecklichsten. Durch die Folgen der Unterernährung und Wohnungsnot, wo mehrere Personen mit Kranken in einem Zimmer zusammen schlafen müssen, ist sie ständig im Wachsen begriffen. Schrecklich wütet sie in unserm Berufe, in den staubigen Griffelhütten. Statistisch festgestellt fallen ihr jährlich 80—90 Prozent unsrer Kollegen zum Opfer. Ferner wies Redner auf die verschiedenen Ansteckungsgefahren hin. Scharf verurteilte er das Verhalten mancher Kranken, die durch ihren verbohrten Unwillen sehr oft den mit Tuberkelbazillen durchsetzten Auswurf dahin spucken, wo es ihnen am bequemsten erscheint, die nicht wissen, daß 1000 Bazillen nicht größer als ein Sandkorn sind und

Die Arbeitszeit im Steinsetz- und Straßenbaugewerbe.

Auf Grund der Verordnung über die Arbeitszeit kündigten die im Reichsverbande für das Steinsetz-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe zusammengeschlossenen Unternehmer die Arbeitszeitbestimmungen des am 24. Juni 1920 abgeschlossenen Reichstarifvertrages. Die Kündigung wurde uns am 26. Januar 1924 zugestellt. Gleichzeitig kündigten einige Bezirksverbände der Arbeitgeber des Steinsetzgewerbes die in den Bezirksverträgen enthaltenen gleichen Bestimmungen.

Am 31. März 1924 fanden in Berlin in einer von Herrn Magistratsrat Dr. Depéne als Unparteiischen geleiteten Sitzung des Tarifamtes Verhandlungen zur Neuregelung der Arbeitszeit statt. Von seiten der Arbeitgeber wurde betont, daß die Möglichkeit geschaffen werden müsse, die Arbeitszeit in den Bezirken auf den Stand wieder zu bringen, wie er vor der Einführung des Achtstundentages war. Begründet wurde diese Stellungnahme damit, daß die Wirtschaftlichkeit des Gewerbes im weitesten Sinne gehoben werden müsse. Demgegenüber wiesen die Arbeitnehmer darauf hin, daß unter dem Achtstundentage eine Senkung der Arbeitsleistung nirgends zu verzeichnen sei; im Gegenteil hätten namhafte Vertreter der Arbeitgeber anerkannt, daß die Arbeitsleistung bei dem Achtstundentage wesentlich gegen die Friedensleistung gestiegen sei. Ueberdies müsse angesichts der noch bestehenden großen Arbeitslosigkeit jede Verlängerung der Arbeitszeit sich unsozial auswirken. Nach langer Aussprache fand ein Vorschlag des Magistratsrates Dr. Depéne Zustimmung, der die Arbeitszeit wie folgt neu regelt:

> **Die regelmäßige tägliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden, wöchentlich 48 Stunden. Wenn Arbeitermangel eintritt oder andre Umstände vorliegen, die eine Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden notwendig machen, muß darüber in Verhandlungen eingetreten werden.**

Mit dieser Regelung ist der Achtstundentag im Straßenbaugewerbe aufrechterhalten worden. Die Voraussetzungen, unter denen zeitweise eine Verlängerung der Arbeitszeit möglich ist, sind festgelegt. Die Regelung dieser Fälle wird durch die in den Bezirksverträgen vorgesehenen Schlichtungsinstanzen erfolgen. Die Neufassung der Arbeitszeitbestimmungen in vorliegender Form wird eine gute Richtschnur für diese Arbeiten sein.

---

eingeflößt, er habe noch nicht angefangen. Er hatte sich so viel von seinem Gedächtnis herabgetrunken, daß er es glaubte. Oder es springt die dichterische Ader der Steinhauer, indem sie auf den Stein schreiben:

„Ich armer Stein
Bin ganz allein.
Mein Lump hat mich verlassen!"

Oder: „Stein verzage nicht, dein Peiniger lebt noch!"

Wenn einer beim Steinabladen mit der langen Deichsel des Rollkarrens, die er ja nicht fahren lassen darf, dadurch hochgeht, daß es hinten den zweiräderigen Karren hinabdrückt, heißt's wohl mit höchstem dichterischen Schwung auf hochdeutsch: „Hoch in den Lüften schwebt der Geier!" Man läßt dann den Geier ein wenig zappeln und dann plötzlich herab„plotzen", so daß es ihm ein wenig die Nase oder das Schienbein verschlägt. Das sind so kleine unterhaltsame Späße zur Erziehung und Abhärtung des steinhauerischen Nachwuchses.

Auch alle möglichen harmlosen Geschichtchen, in denen sich die Steinhauer gerne selbst bespiegeln, werden erzählt. Da handelt zum Beispiel einer von dem Steinhauer Ferdinand, der vom Beizer nichts mehr bekam. Er habe dann gesagt: „Herr Scheckele, probieren Sie's nur noch 14 Tag mit mir, dann werden Sie sehen, was ich für ein Mann bin!" Nach den 14 Tagen habe dann der Ferdinand den Beizer mit vier Wochen „naufgelassen"! Da lacht dann alles.

Oder es trank der Ferdinand immer Fläschchen Bier zwischen hinein. Da sagten die andern zu ihm: „Ferdinand, der Meister hat g'schimpft!" „Ja warum? ich hab doch nichts tun!" „Ja, grad weil du nichts tun hast!"

Die Schweizer mögen die zureisenden schwäbischen Stammesbrüder aus Württemberg nicht sehr, weil sie von ihnen überschafft werden. Sie legen deshalb den zusprechenden fremden Württembergern echt steinhauermäßig spöttisch, aber schwäbisch nur unvollkommen getroffen, den Spruch in den Mund: „Guten Tag, Meister! zum Kellerlochfenster nei, weil e d' Haustür net finde kann! A gueter Steinhauer spricht um Arbeit zu; 5 Kreuzer ist mei Wochelohn. Wenn Ihr mir aber 1 oder 2 Kreuzer mehr gebet, dann sag e alles und alles, was auf dem Platz vorkommt. Wenn's aber ebbes gibt, no will e nix g'sagt han!" Das wird ganz langsam, mit lächerlich schwäbischer Betonung vorgebracht.

Oder es macht einer auf die zwei Arten von Steinhauern aufmerksam, die es gibt: die einen sind die gewöhnlichen Steinhauer auf dem Platz; die andern sind die Steinklopfer auf der Straße, von der Straßensteinzerschmetterungskommission! Die gewöhnlichen Steinhauer machen bloß Bänke, Gewände und höchstens Gesimse, die Straßensteinzerschmetterungskommissionäre aber fertigen durchweg Löwenköpfe an. — Löwenköpfle werden nämlich die Straßensteine der Steinklopfer genannt!

Stehen also, was die Kunst anlangt, die Steinhauer den Steinklopfern nicht nach, so sind sie in der Vornehmheit allen übrigen Staatsbürgern weit über; denn sie sind mehr wie Freiherrn und Grafen, weil jeder von ihnen, ohne Ausnahme, ein Krönlein besitzt, das nicht bloß neun, sondern zweimal die heilige Zahl 12 = 24 Zacken hat. Das „Krönle" des Steinhauers hat dazu noch den Vorzug, daß es nicht rostet wie manche Grafenkrone, weil es ständig im Gebrauch ist, weil es eines der wichtigsten Geschirrstücke ist, das nach dem neunzackigen Spitzer die feine Abspitzarbeit machen muß!

Von der blumigen Sprache der Steinhauer haben wir bereits einiges vernommen. Ihre Uzsucht gibt fast jedem Fachgenossen einen Uebernamen und es gibt viele Steinhauer, die man nur unter diesen Namen kennt. Da heißt ein etwas Giftiger „Spitzeisen", einer, der unsauber schafft, „Zahneisen", einer, der gern viele Würste ißt, „Wursthannes".

Für das Schuldenmachen besteht der Ausdruck einen „Fasen", einen „Buckel" machen. Ein Schuldenmacher ist dann ein Fasenholz; auch Fasenzippe. Heißt er dann zum Beispiel Müller, wird er nur noch Buckelmüller genannt. Die „Steinbildhauer" sind „Kunsthannes". Die Maurer werden besonders gerne bespöttelt und der Schnee aus naheliegenden Gründen Maurergift benannt. Ein Sprüchlein, das sich auf das mehr oder weniger schwierige Versetzen, Vermauern der Steine bezieht, heißt:

Der Stein krumm
Ist's Maurers Schmerz;
Aber hohl
Tut ihm wohl!

An einem Steinhauerplatz kommt niemand und am allerwenigsten ein Mädchen ungeuzt vorbei. Das ist bekannt, weshalb einer, der das Spötteln fürchtet, einen solchen Weg vermeidet. Einen Begriff von der Art dieser Witze mag der Zuruf an ein Mädchen geben: „Sie tanzt besser wie er; er tanzt aber auch nicht schlecht!" Wenn sich die Angerufene dann unvorsichtigerweise nach dem dunklen Sinn des Wortes erkundigt, wird der Satz wiederholt, bis sie schließlich merkt, daß sie „für den Narren gehalten" wird, und unter dem Gelächter der Steinhauer abzieht. Es kommen aber in dieser Richtung bedeutend derbere Späße vor.

Zu den Richtschmausen werden gerne nur die Zimmerleute und die Maurer geladen, wobei dann manchmal jeder ein Sacktuch vom „Maien" erhält. Daß man sie nun bei dieser schönen Sache vergißt, das kränkt die Steinhauer immer sehr, und als mal nach einem Richtschmaus mit Taschentüchern, die bekanntlich zum Nasenreinigen gebraucht werden, der Baumeister am Platz vorbeikam, brachte dieses Vergessen ein Steinhauer dadurch sehr kräftig zum Ausdruck, daß er sagte: „Hänget denn d' Steinhauer kein Rotz ronter?" Mehr durch die Blume kann es nicht gegeben werden!

Deshalb ja an keinem Steinhauerplatz vorbei! Oder einen weiten Bogen drum herum! Das kennzeichnen auch die Steinhauer selbst, indem sie erzählen: „Ein Mädchen ist einmal wegen Kindsmord zum Tod verurteilt worden. Da hat man sie gefragt, was ihr letzter Wunsch sei. Darauf hat sie geantwortet: „Daß ihr mich, wenn's zum Richtplatz geht, an keinem Steinhauerplatz vorbeiführt!"

Die Steinhauer selbst fürchten aber diesen Spießrutenweg am meisten, sie fürchten ihn noch im Tod, denn sie sagen: „Wenn ich einmal g'storben bin, dann führt mich nur an keinem Steinhauerplatz vorbei!"

ein einziger davon ein Menschenleben zugrunde richten kann. Viel könnten selbst die Arbeiter zur Abwehr beitragen durch Vermeidung von Stauberzeugen, trocken Kehren, Spucken in den Werkstätten, Speisesälen usw. Lob spendete der Redner der hiesigen Krankenkasse sowie der Landesversicherungsanstalt Weimar, die Fürsorgestellen errichtet haben und dadurch die Kinder und Angehörigen der an Tuberkulose Erkrankten und Verstorbenen dauernd unter Kontrolle zu halten. Sein eigener Plan, ein Heim zu errichten, um die Kranken des Nachts wegen Ansteckungsgefahr von ihren Angehörigen zu trennen, ist bis jetzt an der finanziellen Notlage gescheiert; jedoch muß er zur Verwirklichung kommen, indem der Staat einen Teil, den andern Teil die Bürger durch reichliche Spenden aufbringen würden, so forderten wir den Sozialismus durch wahre Nächstenliebe für die Gesamtheit. Ein schreckliches Bild entrollte Redner über seine diesjährige ärztliche Untersuchung entlassener Schulkinder. Während im Jahre 1923 der Gesundheitszustand der Konfirmanden sehr ungünstig war, hat er sich leider noch verschlechtert. Nicht weniger als 50 Prozent stellte er fest, die an einer Erkrankung der Atmungsorgane leiden und über 50 Prozent mit schiefen Wirbelsäulen. Sein Streben geht dahin, bei der Schulbehörde Schritte zu unternehmen, um die Kinder mehr zum Sport und Turnen heranzuziehen und sie auch der Natur zugänglicher zu machen; nur dadurch könnte eine Kräftigung und bessere Entwicklung der Kinder erreicht werden. Hoffen wir, daß der wichtige Vortrag Eingang in die Herzen aller Kollegen gefunden hat, sich fester in der Organisation zusammenzuschließen, um auskömmlichere Löhne zu erhalten, um so die Armut zu beheben, was zur Bekämpfung des Würgengels beiträgt. Dadurch könnte ein Gewinn an Menschenleben erzielt, viele Goldmark an Nationaleigentum und Ströme von Tränen der Menschheit erspart bleiben. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seiner Ausführungen.

Anschließend referierte Vorsitzender Linß über die eingeleitete Lohnbewegung. Zunächst setzte er die Kollegen über die Höhe der Forderung, die in der letzten Sitzung zur Beratung stand und einstimmig zur Annahme gelangte, in Kenntnis. Diese beträgt 45 Pfg. Stundenlohn und 25 Prozent auf die seitherigen Akkordsätze. Verschiedene Firmen, die sich bis jetzt geäußert haben, lehnen rundweg die Forderung ab. Die Staatswerke kündigten uns sogar das seitherige Akkordsystem, verlangen eine Mehrleistung, die dementsprechend zu einer Erhöhung der Löhne beitragen soll. Die Krone aufs Haupt setzt die Firma Mohr u. Löhrs, die nicht nur die Forderung ablehnt, sondern die Akkordpreise um 15 Prozent heruntersetzen will. Scharfe Kritik wurde gegen das Beamtenpersonal der Staatswerke geführt, die den vorkriegszeitlichen Akkord einführen wollen. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, fest und treu zur Organisation zu halten, nur dadurch könnten wir den Kampf entschlossen führen. Der Erfolg ist uns dann sicher.

Rundschau.

Gemeinschaftskapital gegen Privatkapital. Gewerkschaftsgenossen! Wenn das Privatkapital heute mit tiefem Schlage gegen die arbeitenden Volksklassen ausholt, dann zieht es seine Kraft für diese Diktatur aus der wirtschaftlichen Schwäche der Gehalts- und Lohnempfänger. Bekennen wir offen, daß wir zum Teil selbst schuld daran sind, wenn wir uns wirtschaftlich nicht wehren können. Haben wir das Arbeiterkapital ebenso organisiert zum Kampf gegen das Privatkapital wie die Arbeitskraft? Nein, wir tragen auch heute noch Arbeitergroschen auf private Banken. Wir haben auch heute noch nicht erkannt, daß das Arbeiterkapital eine lebendige Kampfkraft enthält und stecken es in den Strumpf, anstatt es durch die Hand gemeinwirtschaftlicher, von den Gewerkschaften kontrollierter Organe und Gesellschaften, in den Kampf gegen Ausbeutung und Wucher zu werfen.

Ihr werdet entgegnen: Wir haben nicht einmal einen Strumpf, geschweige denn Kapital. Gewiß, das ist eine ehrliche Antwort der wirklich Mittellosen und Aermsten. Unsre Aufforderung richtet sich aber nicht an diejenigen die über wirtschaftliche Kampfkraft nicht verfügen, sondern an diejenigen, die in Arbeit und Brot stehen und sich für bestimmte Zwecke Entbehrungen auferlegen und Spargroschen zurücklegen und diese fortlaufend vermehren. Aus hunderten von Zuschriften wissen wir, daß wohnungslose Gehalts- und Lohnempfänger nicht nur die Absicht haben, sich für den Erwerb eines eigenen Heims oder für die Beschaffung einer Wohnung oder zum Ankauf von Hausrat Spargroschen zurücklegen, sondern Kapital auch zurückgelegt haben.

An diese Volksgenossen richten wir die Aufforderung, sich mit der von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund gegründeten „Reichswohnungsfürsorgeaktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter", abgekürzt: „Rewog", in Verbindung zu setzen.

Die „Rewog" will euch beim Einsparen des Kapitals behilflich sein. Sie will euch dieses Kapital in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank treuhänderisch verwalten. Sie will es durch Zins und Zinseszins vermehren. Mehr noch, sie will dieses Kapital sofort nutzbar machen und in die Wohnungsproduktion stecken. Sie will es den privaten Unternehmern und privaten Banken entziehen und es zu einer wirtschaftlichen Macht gegen eure wirtschaftlichen Gegner werden lassen. Sie will mit diesem Kapital Wohnungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte bauen. Sie will euch euren eigenen Zielen und Wünschen näher bringen, indem sie die Schwäche des einzelnen zu einer Macht der Masse werden läßt.

Habt ihr kein Vertrauen zu eurer eigenen wirtschaftlichen Macht? Dann klagt nicht über eure Schwäche. Habt ihr mehr Vertrauen zu dem Privatkapital und seinen Unternehmungen? Dann wundert euch nicht über deren Stärke und Brutalität. Der Sieger nimmt seine Kraft aus eurer Macht. Wer soll Sieger sein? Der Profitgeist oder der Gemeingeist? Darüber die Entscheidung zu fällen, liegt bei euch.

Wollt ihr die Gemeinwirtschaft in der Wohnungswirtschaft fördern, dann müßt ihr auch eure Spargroschen den Organen zuführen, die für euch geschaffen sind. Wollt ihr euch Heim und Hausrat ersparen, so wendet euch an die „Rewog", Berlin S. 14, Inselstraße 6, und verlangt von ihr die Bedingungen, zu denen sie Sparkapital entgegennimmt und treuhänderisch verwaltet.

Aus der Werkstatt der Arbeiterzersplitterung. Zu dem nicht geringen Troß von Leuten, die sich die Bekämpfung der modernen Gewerkschaftsbewegung zum Ziel gesetzt haben, ist vor kurzer Zeit eine neue Größe gestoßen. Dieser Mann, mit Namen Emil Dyrrlich, gedenkt die Organisation der Arbeiterschaft von einer andern Seite aufziehen zu müssen. Die von ihm erdachte Neugeburt betitelt sich: „Deutscher Gewerkschaftsring, Bund Deutscher Berufsvereinigungen". (Siehe auch „Steinarbeiter" Nr. 13/14 vom 5. April unter Rundschau.)

Schon kurz danach, als dieses Gebilde entstand, konnte nachgewiesen werden, daß mit der „Union der Hand- und Kopfarbeiter" ein enges Einvernehmen bestand, indem Mitgliedsbücher der letzteren für die Organisation des Dyrrlich verwendet wurden. In der ersten Nummer des neuen Blattes „Deutscher Gewerkschaftsring" veröffentlicht Dyrrlich den Entwurf der Satzungen seines Organisationchens, worin es im § 2 heißt: „Zweck des Bundes ist:

a) Gegensätze in der deutschen Gewerkschaftsbewegung auszugleichen, bestehende politische und wirtschaftliche Anschauungen auszusöhnen und alle Kräfte auf dem Boden einer einheitlichen Organisation zu sammeln.

b) Der Bund vertritt reine Gewerkschaftsinteressen, lehnt jede Bevorzugung irgendeiner politischen Partei ab und beobachtet jedwede Toleranz seinen Mitgliedern gegenüber, sich politisch in der Partei zu betätigen, die ihrer Ueberzeugung und Weltanschauung entspricht."

Es ist charakteristisch, daß dieser neue Heilsapostel die Aussöhnung der politischen und wirtschaftlichen Anschauungen sich zum Ziel setzt, was bekanntlich jede gelbe Organisation ebenfalls verspricht. Doch das ist nicht das Wesentlichste dieses Kuddelmuddels; von Interesse ist vor allem die hier kundgegebene Ablehnung jeder Bevorzugung irgendeiner politischen Partei. Daß dieses nur eitel Spiegelfechterei ist, um Dumme zu fangen, sind wir in der Lage, mit authentischem Material nachzuweisen. Dyrrlich schrieb an einen guten Freund im Lande Briefe, worin er diesen über den Werdegang seines Vereins auf dem laufenden hielt. Und aus diesem Briefwechsel konnten wir nun über das Verhältnis Dyrrlichs zur Kommunistischen Partei und zur Unabhängigen Sozialistischen Partei allerhand Feststellungen machen, weshalb wir die entsprechenden Stellen der Briefe hier wörtlich zum Abdruck bringen:

Brief vom 25. Februar 1924. (Vertraulich!)

„Die KPD. hat ihren Widerstand gegen die neue Organisation aufgegeben. Es wird Anweisung an die Ortsgruppe . . . kommen, die für die neue Organisation gesammelten Gelder in Höhe von 300 Mk., wie Du gesagt hast, an meine Adresse abzuführen . . ."

Brief vom 4. März 1924.

„Komme soeben vom Landtag, wo ich eine Sitzung mit der Gewerkschaftszentrale der KPD. hatte. Morgen Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, letzte und entscheidende Sitzung. Steht durchaus günstig . . ."

„Ferner lege Dir die neueste Nummer des „Weckruf" bei (USPD.). Lies Anträge zum Parteitag, rot umrändert, und Du findest dort durchaus unsre Gedanken wiedergegeben. Der Parteitag findet am 6. März in Eisenach statt. — Der Parteivorstand hat heute bei mir 50 Exemplare des „Gewerkschaftsring I" angefordert, um dieselben zu den Verhandlungen des Parteitages mitzunehmen. Die Anhängerschaft für unsre Idee hat sich auch in einflußreichen Kreisen vermehrt von Tag zu Tag, trotz aller Widerstände . . . Ab morgen bin ich im Besitz einer Schreibmaschine. Dann gibt es Dampf . . . Die in meiner Wohnung stattgefundenen Nachtsitzungen haben das eine Ergebnis gezeitigt, der Generalversammlung vom 16. März in Mannheim vorzuschlagen, den Namen des Bundes in „Freier Gewerkschaftsbund Deutschlands, Zentralvereinigung Deutscher Berufsvereinigungen" umzustellen. Dem Zentralorgan den Namen „Bundesstimme" zu geben . . ."

Brief vom 7. März 1924.

„Am Mittwoch hatte ich die Unterredung mit der Zentrale der KPD. — Teile Dir das Nachfolgende vertraulich mit. Die beiden Genossen Heckert und Melcher, mit denen ich die Unterredung hatte, wünschten von mir die Erklärung, daß ich und meine Freunde den Gedanken und die Verwirklichung der Einheitsorganisation fallen lasse und ich oder wir uns darauf beschränken, eine neue Organisation der Binnenschiffer des Wasserbaupersonals und der Hafenarbeiter aufzuziehen. Das habe ich glattweg abgelehnt. Die Genossen haben mir dann den Rat gegeben, daß ich mit meinen Freunden nochmals und auch auf der Generalversammlung dazu Stellung nehme und wir uns bereit erklären, nur eine Organisation der Binnenschiffer des Wasserbaupersonals und der Hafenarbeiter aufzuziehen. Nach der Generalversammlung wünschen dann die Genossen von der KPD. eine neuerliche Aussprache. Das geht natürlich nicht. Dazu ist die neue Bewegung schon viel zu bekannt. . . . Heute waren nun wieder drei Genossen der KPD. von der Gewerkschaftszentrale bei mir in der Wohnung. Diese Genossen erklärten mir, daß Heckert ohnehin kaltgestellt sei, und sprachen diese Genossen gerade die entgegengesetzte Auffassung aus, daß ich, bezw. wir, unter allen Umständen das Begonnene fortsetzen. Diese Genossen sind der Meinung, ein Zurück gibt es nicht, und auch die KPD.-Zentrale wird sich in der Gewerkschaftsfrage grundsätzlich anders einstellen müssen, wenn nicht die Entwicklung über sie hinweggehen soll."

Diese Briefstellen sind zur Beurteilung der Sache sehr interessant. Eines Kommentars dazu bedarf es wohl nicht. Daß die USPD. ebenfalls mit solchen berufsmäßigen Querköpfen in Verbindung steht, soll noch einmal unterstrichen werden. Interessant ist auch die Mitteilung über die Kaltstellung Heckerts bei der KPD.

Mehr Ausbildung — weniger Einbildung. Unter dieser Ueberschrift lesen wir im „Fleischer" einige sehr treffende Worte:

„Es gibt nicht wenige Arbeiter, und auch ein gut Teil unsrer Mitglieder gehört zu denen, die glauben, wenn sie ihr Mitgliedsbuch in der Tasche haben, sich schon allerlei Kritik an den „andern", die die eigentlichen Gewerkschaftsarbeiten verrichten, erlauben zu können. Dem einen Teil ist der erreichte Lohn viel zu wenig, weit mehr hätte „herausgeholt" werden müssen, aber da sei die Lohnkommission „zu schlapp gewesen". Einem andern Teil gefällt es in der Versammlung nicht, „weil immer dieselben Diskussionsredner auftreten" und nicht alles andre nach ihrem Willen geht, oder der Referent nicht so gesprochen hat, wie sie es erwartet haben und was sonst alles auszusetzen ist. Viele können dem Kassierer das Leben nicht schwer genug machen; „ich bezahle meine Beiträge, wenn ich will" und wehe, wenn etwa der Kassierer aufmuckt, weil er Pünktlichkeit und Gewissenhaftigkeit liebt. . . . Der Tarifvertrag müßte noch weit bessere Positionen enthalten, u. v. a. m. Und erst der Betriebsrat, der müßte ganz anders auftreten, da würde sich der Arbeitgeber nicht soviel gegen die Beschäftigten erlauben. — Diesen „Allesbesserwissern" fehlt es nicht an Einbildung, um so mehr aber an gewerkschaftlicher Ausbildung. Prüft man sie, so erfährt man bald, daß sie nicht einmal das Verbandsstatut kennen bezw. gelesen haben, vielleicht kaum ihr Fachblatt, geschweige denn andre gewerkschaftliche Lektüre lesen. Nichts verstehen sie aber besser, als das Schimpfen gegen andre. Selbst ein Amt zu übernehmen und zeigen, wie es besser gemacht werden muß, dazu fehlt es zumeist an allem. Mit nichtssagenden Redensarten und Schimpfereien kommen wir aber nicht weiter. Selbst Hand ans Werk zu legen, mitzuarbeiten und sich zugleich auszubilden, ist Pflicht jedes einzelnen. Je mehr ausgebildete Kräfte in der Organisation sind, desto mehr wird alles vorwärtsgehen. Die Zahl der Unzufriedenen und Eingebildeten wird weniger, die der Ausgebildeten und tatkräftig Mitarbeitenden mehr. Also vorwärts, alles besser wissen — ist nicht alles besser machen."

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Auf Antrag der Zahlstelle Mannheim wurde der Steinmetz Albert Keller wegen Schädigung der Verbandsinteressen aus dem Verband ausgeschlossen.

Adressenänderungen.

3. Gau: **Aue** (Erzgebirge). Vors.: Wolfgang Thiersch, Bockauer Straße 58. Kass.: Guido Auerswald, Schwarzenberger Straße 34. — **Altenhain.** Vors.: Georg Schmidt, Nr. 36.

4. Gau: **Wernswig,** Post Treysa, Bez. Kassel. Kass.: K. Dunkel — **Adelebsen.** Kass.: Fritz Bormann. — **Wiegersdorf.** Vors.: August Bornemann. Kass.: Paul Wille in Ilfeld. — **Flechtingen.** Kass.: Paul Kraul.

5. Gau: **Königsteele.** Vors. und Kass.: Martin Scharf, Wattenscheid a. Ruhr, Hohensteinstraße 92. — **Linz.** Vors.: Karl **Eul.** Kass.: Fritz Dragener.

6. Gau: **Pfaffenhofen.** Kass.: Ludwig Haag, Weiler, O.-A. Brackenheim, Post Zaberfeld.

7. Gau: **Hof.** Vors.: Karl Neupert, Bahnhofstraße 12.

9. Gau: **Queckborn.** Vors. und Kass.: Heinrich Schreiner, Wetterfeld, Post Laubach, Ober-Hessen.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Der sozialistische Unternehmer betitelt sich eine Monatsschrift, die der kürzlich in Leipzig unter Mitwirkung des Leipziger Gewerkschaftskartells gegründete Einheitsverband sozialistischer Unternehmer herausgibt. — Alle weiteren Auskünfte erteilt der Verbandsvorsitzende Paul E. Plottke, Leipzig, Zentralstraße 7/9 (Fernsprecher 12506). an den auch alle Anmeldungen zur Aufnahme als Mitglied zu richten sind.

Die streikenden und ausgesperrten Berufskollegen mit ihren Familien dürfen nicht vergessen werden. Ihr Kampf ist der Kampf aller!

Im **Arbeiterjugend-Verlag,** Berlin SW., Lindenstraße 3, sind nachstehende Schriften erschienen, deren Anschaffung dringend empfohlen werden kann:

„Was ist Kapital und Kapitalismus?" Kapital und Kapitalismus sind Schlagwörter, die seit 1918 noch häufiger als vorher gebraucht werden, ohne daß die Benutzer dieser Ausdrücke immer genau wüßten, was darunter zu verstehen ist. Besonders alle, die den Kapitalismus bekämpfen wollen, sollten genau wissen, was er eigentlich ist. Leider gibt darüber die volkstümliche Literatur von heute nicht genügend Aufschluß. Sie trägt eher zur Gedankenverwirrung bei. Hier greift nun mit großem Geschick die kleine Schrift ein. Preis 40 Pfg.

„Schlagwörter im wirtschaftlichen und politischen Meinungskampf." In einem Zeitalter, wo auf jeder Seite jeder Zeitung das Wort Klasse zu lesen steht, wo von Klasseninteressen, Klassenunterschieden, Klassenkampf, Klassenbewußtsein und Klassen haß soviel die Rede ist, erscheint es angebracht, eine Darlegung zu geben über: „Was ist eine Klasse?" Auch die andern Abschnitte, darunter „Was ist Arbeit", sind voll von Anregungen und geben eine wünschenswerte Klarheit. Die Broschüre ist ein prächtiges Mittel, um wirtschaftliche Erscheinungen und Vorgänge verstehen zu lernen Sie dient als geistiges Rüstzeug der Arbeiterbewegung. (36 Seiten stark, Preis 30 Pfg.)

„Geld und Valuta." So ist eine andre kleine Schrift benannt. Verfasser aller drei genannten Schriften ist der in der Jugendbewegung weithin bekannte Schulrat Johannes Schult, Hamburg, der in langjähriger Tätigkeit als Leiter von Arbeiterbildungskursen und Arbeitsgemeinschaften an der Volkshochschule gezeigt hat, daß er volkswirtschaftliche Themen gut beherrscht und leichtfaßlich vorzutragen versteht. Im Hinblick auf die theoretische Unsicherheit, in der sich auch die wissenschaftliche Volkswirtschaft an den Universitäten wie in den breiten Massen der Sozialisten befindet, kann die 64 Seiten starke Schrift nur mit Freuden begrüßt werden. Jeder Sozialist, jeder gewerkschaftlich interessierte Arbeiter, besonders auch das aufstrebende Jungvolk der Arbeiterschaft, sei auf dies preiswerte Heft (40 Pfg.) hingewiesen.

„Jugendweihe" von Jürgen Brand. 24 Seiten, Preis 30 Pfg. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Die Schrift zeigt den ins Leben tretenden Jungen und Mädchen der Arbeiterschaft in der rechten Weise die Gefahren und Härten des heutigen Proletarierdaseins, aber es weist ihnen auch den Weg zum Aufstieg, zur sozialistischen Gemeinschaft. Jürgen Brands „Jugendweihe" wird allen willkommen sein, die die Jugendweihen zu wirklichen sozialistischen Feiern ausgestalten und den jugendlichen Teilnehmern eine Erinnerung von bleibendem Wert mitgeben möchten.

Internationale Sozialpolitik. Die Internationale Arbeitsorganisation und ihre Ergebnisse von H. Fehlinger. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin 14, Inselstraße 6. Preis 4.— Mk. Ein sehr instruktives Buch. Mit Fleiß und großer Sachkenntnis ist eine Fülle von Material verarbeitet und übersichtlich geordnet worden. Der Erfolg zur internationalen Zusammenarbeit in Fragen des Arbeiterschutzes kam erst nach dem Kriege, weil diese Frage im Versailler Vertrag verankert ist. Gegenwärtig gehören 57 Staaten der Internationalen Arbeitsorganisation an. Es ist unmöglich, die wertvolle Schrift auf den uns zur Verfügung stehenden Raum so eingehend zu würdigen, wie sie es verdient. Am besten orientiert ihre Gliederung. 1. Teil: Geschichtliches (2 Kapitel). 2. Teil: Rechtliche Stellung und Mitgliedschaft der Internationalen Arbeitsorganisation (3 Kapitel und 2 Unterkapitel). 3. Teil: Organe der Internationalen Arbeitsorganisation (5 Kapitel, 7 Unterkapitel). 4. Teil: Vorbereitung der Internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung (10 Kapitel) 5. Teil: Anlagen und zum Schluß ein: Schlagwortverzeichnis. Das Buch sollte in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen, der Preis gestattet die Anschaffung.

Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes für 1923/24. Verlag Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Preis 3.50 Mk. — Der Inhalt des Jahrbuchs ist dreisprachig: deutsch, französisch und englisch.

Internationale Arbeiterbildung. Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1.50 Mk. — Das Buch bringt eine Reihe von ausführlichen Berichten über den Stand der Arbeiterbildung in nicht weniger als 15 Ländern. d. h. in fast allen Ländern, die sich auf dem Gebiete des Arbeiterbildungswesens irgendwie bemerkenswert betätigt haben. Ueberdies enthält das Buch einen Bericht über die 1922 in Brüssel abgehaltene Internationale Bildungskonferenz, der über die Methoden, das Wirkungsgebiet und die Resultate der Arbeiterbildung in den verschiedenen Ländern unterrichtet.

Kollegen und Kolleginnen! Abonniert den Steinarbeiter

bei der Post. Preis monatlich 20 Pfennige zuzüglich der Bestellgebühren. **Verzichtet auf die Anrechnung der Abonnementsgebühren in der Beitragsleistung!** — Bestellungen müssen bis zum 25. eines Monats für den nachfolgenden Monat aufgegeben werden. Verspätete Bestellungen unterliegen einer besonderen Gebühr von 20 Pfg. Bei der Bestellung ist die Nr. 1628 mit anzugeben, unter welcher der Steinarbeiter in die Reichspostliste eingetragen ist.

Anzeigen

Mehrere tüchtige jüngere
Granitsteinmetzen
suchen sofort
C. R. Risch & Co., Landsberg a. Warthe

Pflasterhämmer
sowie sämtliche Werkzeuge für Straßenbau und Steinschlag
Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager
Berlin N 20, Hochstraße 19.

Wehrs Steinhauerbürsten
Rehbach-Stifte
empfiehlt Kollege **Gg. Wehr,** Steinmetz
Neustadt / Aisch (Bayern)

Suche sofort
2-3 tüchtige Steinmetzen
einer davon muß im Schriftbauen und Verzierungsarbeiten bewandert sein.
Grabsteingeschäft Schoder, Ermsleben a. H.

Tüchtige
Granitsteinmetzen
Granit-Maschinenschleifer und Glasschleifer
stellen sofort ein
Glas-, Granit- und Syenit-Werke,
Inhaber Paul Fingas
Liegnitz, Immelmannstraße.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Fürsteneck** am 24. Februar der Pflastersteinmacher Richard **Bildl,** 48 Jahre alt, Unfall.

In **Hasserode** am 29. Februar der Granitsteinmetz Louis **Werner,** 71 Jahre alt, Herzschlag.

In **Bernburg** am 30. März der Steinsetzer Hermann **Biebert,** 50 Jahre alt, Unfall.

In **Königshain** am 31. März der Hilfsarbeiter Ernst **Paul,** 64 Jahre alt, Wassersucht.

Ehre ihrem Andenken

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Siebold **Verlag** von Ernst Winckler beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.